



Bitte weiterverbreiten!
Marie-Luise Volk
Bergstraße 6 * 56761 Gamlen

08. August 2013

Liebe Interessierte,

mich hat immer auch die Frage beschäftigt, warum Deutschland sich auf das Euro-Abenteuer eingelassen hat, und weshalb die deutschen Bürger sich nicht mehr gegen die angeblich alternativlose Bankenrettungen gewehrt haben.

Einen Hinweis habe ich in dem Artikel aus dem „Spiegel“ Nr. 50/2012 entnommen: „Wir Deutschen scheinen zu glauben, dass wir unsere nationale Würde und Identität nach den Verbrechen der Nazi-Zeit nur über die Aufgabe unserer Währung und dauerhafte Abgabe unserer Souveränität zurückgewinnen könnten.“

In der Sendung Maybritt Illner vom 27.09.2012 sagte Altbundeskanzler Helmut Schmitt, dass Deutschland sich bei der Euro-Rettung besonders engagieren müsse, weil „wir sechs Millionen jüdische Mitbürger fabrikmäßig umgebracht haben.“ (compact November 2012)

Am 18. März 2013 informierte Dr. Werner Langen, MdEP (CDU) über den Bericht einer Umfrage, die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurde. Es geht um die „Unionsbürgerschaft“ in der Europäischen Union. Dabei wäre doch viel aufschlussreicher das Ergebnis folgender Umfrage: „Wollen Sie den EU-Zentralstaat?“ Weil aber die Mehrheit der Bürger das Brüsseler Monster nicht will, werden wir einfach nicht gefragt.

Diese Frage müssen wir am 22. September 2013 bei der Bundestagswahl im Kopf haben, wenn wir unsere Stimme abgeben. Wer die etablierten Parteien wählt, der muss damit rechnen, dass die Rechtlosigkeit des einzelnen Bürgers weiter fortschreitet. Dabei sollten wir nur die Parteien wählen, die sich gegen Bankenrettungsschirme aussprechen, Volksentscheide zulassen und dem EU-Zentralstaat eine Absage erteilen.

Seit Juli 2013 sprechen USA und EU über ein Freihandelsabkommen. Mit diesem Freihandelsabkommen versucht die USA, Gentechnik-Nahrungsmittel, Hormon- und Klonfleisch sowie gechlorte Hühner aus der Massentierhaltung auf den europäischen Markt durchzudrücken.

Mit dem Freihandelsabkommen ist das sogenannte Investitionsschutzabkommen zu betrachten. Mit dem Investitionsschutzabkommen soll erreicht werden, dass ausländische Investoren vor Schiedsgerichten klagen können, wenn durch nationale Gesetze ihre Interessen beeinträchtigt werden. So verlangt der Energieriese Vattenfall eine Entschädigung von Deutschland in Höhe von 3,7 Milliarden Euro, weil die Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat und die von Vattenfall betriebenen Atommeiler vom Netz müssen. (Monitor 06.06.2013) Und was Vattenfall kann, kann Monsanto schon lange. Mit dem Investitionsschutzabkommen bekommen Konzerne die Macht, unsere Gesetzgebung zu unterlaufen.

Wenn das Freihandelsabkommen greift, gerät unsere Landwirtschaft weiter unter Druck. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass durch das Freihandelsabkommen mehr Arbeitsplätze entstehen werden. Jetzt sollen unsere Bauern nicht nur mit dem europäischen, sondern auch noch mit dem US-amerikanischen Markt konkurrieren.

Inzwischen hat die EU gemerkt, dass sie Gegenwind bekommt. Der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz (SPD) und Cecilia Malmström (EU-Innenkommissarin, Schweden) denken jetzt laut darüber nach, dass künftig alle Parteien zu bestrafen seien, die nicht die „Werte“ der EU respektieren. (Deutsche Wirtschaftsnachrichten v. 22.05.2013) Die Werte der EU werden uns aber diktiert von Personen, die wir nicht gewählt haben. Und Werte, die man diktiert bekommt, sind deswegen abzulehnen, weil ihnen die demokratische Rechtfertigung fehlt.

Viele Grüße
Marie-Luise Volk

Telefon: 02653 1614
FAX : 02653 6436

eMail
ml.volk@gmx.net

website
www.agrogen-rlp.de www.kritisches-netzwerk.de